



Rheinland hat gewählt und der neue Vorstand präsentiert sich den Mitgliedern. Weiterer Bericht im Innenteil

| Themen dieser Ausgabe | Seite |
|---|-------|
| Anhörung 'Zuschuss zum Deutschlandticket': DSTG fordert: Für alle kostenlos! | 03 |
| 3. Bezirksverbandstag Rheinland: Kleischmann mit 97 Prozent als Vorsitzenden wiedergewählt! | 04 |
| Die Seite für die Generation 60+ | 06 |
| Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Neues Rahmenkonzept vorgelegt! | 08 |

Tarifverhandlungen TV-L (für Landesbeschäftigte):

Vorbereitung für 'heißen Herbst' angelaufen!

Mit der Sitzung der DBB NRW-Tarifkommission im August treten die Vorbereitungen der Tarifrunde des TV-L in die heiße Phase. Anfang September folgte eine Regionalkonferenz des DBBs, bei der die besonderen Interessen Nordrhein-Westfalens im Vordergrund standen. Die gewerkschaftliche Forderungsfindung erfolgt am 11. Oktober 2023. Die Verhandlungen starten am 26. Oktober 2023 in Potsdam.

DSTG fordert lineare Einkommensverbesserungen für ALLE

Bereits im Vorfeld hatte die DSTG darauf hingewiesen, dass angesichts der Inflation und des aus heutiger Sicht eher mageren Abschlusses aus 2021 jetzt deutliche lineare Verbesserungen her müssen. Einmalzahlungen stellen keinen Ersatz für lineare und tabellenwirksame Einkommensverbesserungen dar und können somit bestenfalls als Überbrückung vereinbart werden. Sie müssen dann aber auch für alle gelten, also für Tarifbe-

schäftigte, Beamte und besonders die Versorgungsempfangenden sind vollumfänglich einzubeziehen.

1. Regionalkonferenz in Düsseldorf

Zum Auftakt trafen sich Anfang September die Gewerkschafter aus Nordrhein-Westfalen zu einer ersten Regionalkonferenz in Düsseldorf. Diese Konferenzen, von denen im Bundesgebiet insgesamt sechs stattfinden, bieten den Mitgliedsgewerkschaften des dbb die Gelegenheit, die wichtigsten Themen zu identifizieren

und Durchsetzungsmöglichkeiten und Arbeitskampfmaßnahmen zu diskutieren. Die DSTG war mit zehn Kolleginnen und Kollegen vertreten.

Orientierung am Ergebnis TV-öD

Zu Beginn wurden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zum TV-öD, also für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen, zusammengefasst. Mit dem Abschluss wurden Tarifverbesserungen zwischen 8,5 und 13,34 Prozent bei – leider – 27 Monaten Laufzeit erzielt. Dennoch, so Volker Geyer, Tarifchef des dbb, ein beachtliches Ergebnis im Vergleich zu Tarifierhöhungen in anderen Branchen. Die Kombination aus Sockelbetrag und linearere Erhöhung wird im TV-öD ab dem 1. März 2024 tabellen- und zukunftswirksam.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im zweiten Teil wurden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beleucht-

• Fortsetzung auf Seite 7



Manfred Lehmann

ANGEMERKT

Digitalisierung

In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Sagt der Koalitionsvertrag. Sagt unter anderem der Minister der Finanzen. Das Projekt 'Finanzverwaltung für NRW' lässt grüßen. In der

Bedeutung ist man sich also einig. Ohne erhebliche Fortschritte der Digitalisierung klappt das nicht mit der Zukunft in der öffentlichen Verwaltung. Insbesondere aber in der Finanzverwaltung.

Für die Anwender, also die ganz normalen Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen, klingt das schon anders. Denn in der Praxis lässt sich die Priorität der Digitalisierung nur bedingt ausmachen. Viele Anwendende ärgern sich täglich über große und kleine Mängel. Regelmäßige Hinweise vom Servicedesk kündigen zum Glück nur selten große Katastrophen an, dafür vielfach kleineren Ärger mit einer bunten Auswahl aus der Vielzahl unserer Betriebs- und Serviceprogramme.

Positiv: Gemessen an der großen Zahl der Anwender, der vielen Verbindungsformen und der umfassenden Verknüpfungen laufen unsere Programme erstaunlich gut. Gute Arbeit von den Verantwortlichen, bei aller Kritik an den alltäglichen Schwierigkeiten.

Für die Zukunft ist da aber viel zu tun. Dazu gehört die weitere Verbesserung der täglich genutzten Anwendungen genauso wie die Weiterentwicklung der E-Akte. Für die gilt: Egal ob mobile Arbeit, Co-Working-Space oder digitaler Workflow im Allgemeinen: Ohne E-Akte ist alles doof.

Das alles kostet Geld. Dafür ist der Landeshaushalt zuständig. Und der weist für RZF und Digitalisierung im Jahr 2024 deutlich zu geringe Mittel aus. Bei den Personalkosten ist kein Ansatz zu erkennen, um die Bezahlstrukturen in diesem Bereich marktgerecht zu verbessern. Die Mittel für Projekte wurden trotz erheblicher Kostensteigerungen nicht erhöht. Stattdessen sollen Projekte 'priorisiert' werden. Heißt, was von den eigentlich unaufschiebbaren Aufgaben machen wir später oder gar nicht?

Die DSTG meint: So wird das nichts. Die Digitalisierung als zentrales Zukunftsprojekt der Verwaltung darf nicht tagespolitischen Opportunitäten zum Opfer fallen. Bei allem Verständnis für notwendige Einsparungen in Zeiten knapper Kassen: An der Weiterentwicklung der IT und beim RZF darf nicht gespart werden. Die Bezahlung der Beschäftigten in diesem Bereichen ist marktgerecht zu verbessern. Neben digitalen Großprojekten muss auch Geld und Kapazitäten in die Anwenderfreundlichkeit und die Nutzbarkeit vieler Anwenderprogramme investiert werden.

Damit erhöht sich auch die Attraktivität der täglichen Arbeit. Für Nachwuchskräfte genauso wie für die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag diese Verwaltung ein Stück weit voran bringen.

PERSONALRATSWAHLEN 2024

Am 6. Juni 2024 wird gewählt!

Der Hauptpersonalrat FM wird als Termin für die nächsten Personalratswahlen Donnerstag, den 6. Juni 2024 vorschlagen. Er übernimmt damit eine Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte des Landes Nordrhein-Westfalen.

Alle vier Jahre sind Personalratswahlen. Es werden wieder in allen Dienststellen des Landes Wahlvorstände eingerichtet, die sich um die ordnungsmäßige Durchführung der Wahl bemühen. Die Verwaltung wird die Schulung der örtlichen Wahlvorstände sicherstellen.

Bei Interesse an der Personalratsarbeit: Die DSTG wird in allen Dienststellen die Kandidatenaufstellung organisieren und begleiten. Bitte wendet Euch an Eure Ortsverbandsvorsitzenden. Für die DSTG hat die Arbeit und die Präsenz in den Personalräten eine besondere Bedeutung. Die Kombination aus Personalrat und Gewerkschaft bietet die Chance einer optimalen Interessenvertretung.

Das Landespersonalvertretungsgesetz regelt Informationsrechte und die Mitbestimmung der Personalräte. Wo die Mitbestimmung endet, hat die Gewerkschaft die Möglichkeit, engagiert und informiert gegenüber Politik und Verwaltung für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzutreten. Auf Landesebene haben bereits erste Gespräche über die Zusammensetzung der kommenden Personalvertretungen auf Stufenebene stattgefunden.

Wie immer gilt: Die Mischung aus Erfahrung, beruflichem Hintergrund und regionaler Verantwortung macht den besonderen Charakter der Wahlvorschlagslisten der DSTG aus.

CDU-Sommerfest im Landtag:

DSTG-NRW-Duo mit von der Partie!

An einem doch noch schönen Sommerabend haben Manfred Lehman und Rainer



Hengst die Gelegenheit für die DSTG NRW genutzt, in entspannter und angenehmer Atmosphäre viele gute Gespräche zu führen, unter anderem mit Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk, Staatssekretär Dr. Dirk Günnewig, dem finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen, Simon Rock sowie dem Präsidenten der Steuerberater Kammer Düsseldorf, Reinhard Verholen. Daran werden wir anknüpfen!



Anhörung

'Zuschuss zum Deutschlandticket':

DSTG fordert: Für alle kostenlos!

Die DSTG hat in einer Stellungnahme an den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages NRW die vollständige Übernahme der Kosten für das Deutschlandticket für alle Beschäftigten des Landes gefordert. Dazu seien umgehend die erforderlichen besoldungs- und tarifrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Landesregierung verweigert bisher Gespräche zu diesem Thema und hatte Kommunen und anderen Landesbehörden eine entsprechende Handhabung untersagt.

Im Juni hatte die SPD Fraktion im Landtag den Antrag gestellt, dass Nordrhein-Westfalen die Zahlung von Zuschüssen zum Deutschlandticket für alle Beschäftigten möglich macht (Landtags Drucksache 18/4583). Der Haushalts- und Finanzausschuss hat dazu eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Die DSTG war als einzige Fachgewerkschaft zu einer Stellungnahme aufgefordert.

In der DSTG-Stellungnahme vom 18. September 2023 fordert die DSTG einerseits die sofortige Schaffung der besoldungs- und tarifrechtlichen Voraussetzungen, um die Zahlung von Zuschüssen zum Deutschlandticket auch im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens möglich zu machen. Andererseits fordert die DSTG nicht nur einen Zuschuss, sondern die vollständige Finanzierung des Deutschlandtickets durch den Arbeitgeber.

Die Fachgewerkschaft verweist auf die Überlegungen zum 'Holen und Halten' von Nachwuchs- und Bestandspersonal. Und die Möglichkeit für das Land Nordrhein-Westfalen, nicht nur seine selbst gesteckten politischen Ziele umzusetzen, sondern gleichzeitig auch als moderner und attraktiver Arbeitgeber wahr genommen zu werden. Da es sich um einen Antrag der SPD als Opposition handelt, ist nicht mit einer zügigen Umsetzung zu rechnen.

Die DSTG wird die Forderung im Rahmen der Haushaltsberatungen und in den kommenden Besoldungsgesprächen wieder auf den Tisch bringen.

Weitere Details finden Sie unter www.dstg-nrw.de im Bereich 'Aktuelles/ Stellungnahmen'.

Drohende Kürzung im RZF:

IT-Haushalt 2024 problematisch

Eigentlich sollten die Mittel für den IT-Haushalt 2024 deutlich steigen. Im Rahmen der konkreten Haushaltsaufstellung 2024 aber musste deutlich gespart werden. Die verantwortlichen Stellen müssen jetzt eine klare Priorisierung vornehmen. Damit werden Maßnahmen, die nicht vorrangig umzusetzen sind, zunächst einmal auf die lange Bank geschoben. Im Endeffekt stehen im Jahr 2024 sogar geringere Haushaltsmittel zur Verfügung als im Vorjahr. Und das beim 'Zukunftsthema' IT.

Momentan werden Vorschläge der Abteilungen und des Rechenzentrums gesammelt, welche Sachmittel und Projekte im Jahr 2024 zurückgestellt werden können. Zu den Sachmitteln gehören neben der Anschaffung neuer Hardware auch externe Programmierleistungen, die aufgrund der hohen Belastung der Beschäftigten im Rechenzentrum dringend benötigt werden. Positiv ist, dass die bundesweiten Mittel für KONSENS im Gegenzug massiv aufgestockt wurden, um die Entwicklung neuer Produkte in diesem Bereich voranzubringen. Die schwierige Haushaltslage



darf nach Auffassung der DSTG jedoch nicht dazu führen, dass die Finanzverwaltung in der Digitalisierung nicht vorankommt.

Die DSTG wird sich bei dem Thema weiter einbringen, damit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort die benötigten Entlastungen bekommen.

Sanierungsstau:

Kantinensterben mal anders!

Die Finanzämter Dortmund-Ost und Dortmund-Unna liegen in der Mitte Nordrhein-Westfalens. Die 'Zwillingstürme' verbindet ein großer Sitzungssaal, der für viele Besprechungen der Finanzverwaltung NRW gerne genutzt wurde. Viele Kantinen gibt es schon nicht mehr, aber bis Mai 2023 lief es hier noch. Jetzt ist sie auch dicht!

Warum? Zweieinhalb Jahre war dem BLB bereits bekannt, dass die Abluftanlage der Kantine defekt und nicht in Betrieb ist. Es ist nicht gelungen, Lösungen zu finden. Durch den weiterlaufenden Kantinen- und Kochbetrieb ist eine massive Brandgefahr entstanden. Folge: Am 25. Mai 2023 Untersagung der Nutzung der Geräte und Einstellung des Kochbetriebs. Aufgrund des schlechten baulichen Gesamtzustandes der Gebäude gibt es keine verlässliche Aussage, wann die Kantine wieder in Betrieb genommen werden kann. Die Kündigung des Kantinenpächters folgte zum 30. Juni 2023. Die Kolleginnen und Kollegen haben in Ei-

genregie einen auswärtigen Brötchendienst organisiert, Kaffeeautomaten wurden aufgestellt und mittags rollen Food-Trucks an. Das ersetzt aber keinen echten Kantinenbetrieb.

Und dass, wo die Dortmunder Ämter einen zentralen Tagungs- und Fortbildungshotspot für die Finanzverwaltung darstellten. Die werden jetzt wegen der schwierigen Verhältnisse abgesagt.

Man sollte doch eigentlich meinen, dass hier ein besonderes Interesse bestehen sollte, den Standort Dortmund zu erhalten und besondere Anstrengungen unternommen werden sollten. Bisher leider Fehlanzeige!



Mitglieder der Podiumsdiskussion



Karl-Heinz Leverkus (I.) wurde für sein Lebenswerk mit der Ehrenmitgliedschaft bedacht.



Marc Kleischmann bedankt sich bei den Delegierten für die Wiederwahl

3. Bezirksverbandstag Rheinland:

Kleischmann mit 97 Prozent als Vorsitzenden wiedergewählt!

Am 21. September reisten die rund 200 Delegierten zum 3. Bezirksverbandstag zum Oberhausener CongressCentrum, um die Mannschaft und den Kurs der DSTG Rheinland für die nächsten vier Jahre zu bestimmen. Am Vormittag stand neben den Vorstandswahlen der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht für die abgelaufene Wahlperiode auf dem Programm.

Geschäftsbericht '75 Jahre – und kein bisschen leise!'

Der Geschäftsbericht 2019 – 2023 stand unter dem Motto '75 Jahre – und kein bisschen leise', da die Bezirksverbände im Sommer 1948 gegründet wurden. Marc Kleischmann rief den Delegierten die Gründungszeit in Erinnerung, als eine Handvoll engagierter Menschen mit Schreibmaschine am Küchentisch den Grundstein des gewerkschaftlichen Handelns legte. »Unsere Gründungsväter wären stolz darauf, was in 75 Jahren aus ihrer DSTG Rheinland mit nunmehr rund 9600 Mitgliedern geworden ist.«

Einem der letzten Zeitzeugen war es gesundheitlich leider nicht möglich, der Veranstaltung beizuwohnen. Das Rheinland bedankte sich bei ihm in Form eines Briefes, der von den Delegierten unterzeichnet wurde.

Vorstandswahlen

Nach dem Rechenschaftsbericht folgte die Neuwahl des Vorstandes. Die Delegierten wählten Marc Kleischmann mit dem überwältigenden Ergebnis von 97 Prozent ein weiteres Mal zu ihrem Vorsitzenden. Der 54-jährige Sachgebietsleiter und Mitglied des Hauptpersonalrates aus Mülheim an der Ruhr wird von Rainer

Hengst als erstem Stellvertreter und Caro Konzack in der Rolle als Schatzmeisterin unterstützt.

Neu im Vorstand sind Marius Müller und Oliver Preuß für den Tarifbereich. Detlef Mohr, Helmut Pauls und Katrin Thommesen wurden in ihrem Amt bestätigt. Komplettiert wird das Team der Stellvertreter durch die sogenannten geborenen Mitglieder Manfred Lehmann (Landesvorsitzender), Rainer Vollmer (HPR-Vorsitzender) und Milanie Kreutz (Mitglied der dbb Bundesleitung) sowie die Vorsitzenden der Bezirksjugendleitung, Teresa Jedinat, der Frauenvertretung, Diana Wedemeier,

und der Bezirksseniorenvertretung, der ebenfalls frisch gewählten Ulla Wittwer.

Nicht mehr angetreten war Silke Oligschläger. Der bundesweite Tarifexperte, Karl-Heinz Leverkus, hatte sich bereits 2022 aus Altersgründen von der gewerkschaftlichen Bühne und damit aus dem Vorstand verabschiedet. Für sein 'Lebenswerk' nach 45 Jahren gewerkschaftlichem Engagement für die DSTG und den dbb bedankten sich die Delegierten mit der Ehrenmitgliedschaft.

Öffentliche Veranstaltung

Die Öffentliche Veranstaltung am Nachmittag stand ganz im Zeichen der 'Digitalisierung'. Rainer Hengst begrüßte die Delegierten und Ehrengäste und stimmte sie auf einen spannenden Nachmittag ein. Besonders willkommen hieß er den 'neuen' Bundesvorsitzenden Florian Köbler, der zum ersten Mal im Rheinland zu Gast war und auch ein Grußwort mitgebracht hatte.

DSTG-Bundesvorsitzender Florian Köbler.



Grußwort des neuen Bundesvorsitzenden

Köbler lenkte den Focus seiner Ausführungen auf die Anstrengungen der Bundes-DSTG, das deutsche Steuerrecht zu entschlacken und digitalfest zu machen. Er verwies dabei auf die Belastungen der Beschäftigten und legte andererseits konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Steuerrechtes vor.

Ein satirischer Blick auf eine 'moderne' Finanzverwaltung

Natürlich durfte zur Auflockerung auch die 'traditionelle' Showeinlage des kabarettistischen Ausnahmetalents Marc Kleischmann nicht fehlen, der in gewohnt satirischer Form die gerne zitierte 'moderne' Verwaltung aufs Korn nahm. Neben der 41-Stunden-Woche, der Grundsteuer,

dem Sanierungs- und Modernisierungstau karikierte der Bezirksverbandsvorsitzende die Einsparungen im RZF, den dortigen Beförderungstau und vorherrschenden Personalnotstand. Er verwies auf Missstände und Unzulänglichkeiten und machte deutlich, dass neben der Verwaltung insbesondere die Politik die Verantwortung für diese Belastungen sowie die unzulänglichen Digitalisierungsbemühungen trage und leitete so zum Impulsvortrag über.

Digitalisierung in komplexen Verwaltungsstrukturen

Unter dem Titel 'Digitalisierungsupdate 2.0' folgte der Vortrag der Keynotesprecherin Dr. Julia Borggräfe, Verwaltungskennerin und anerkannte Expertin in digitalen Transformationsprozessen. Sie machte deutlich, in welchem Spannungsfeld wir uns als Verwaltung bei fortschreitender Digitalisierung bewegen und zeigte auf, unter welchen Voraussetzungen notwendige Digitalisierungsvorhaben in komplexen Verwaltungsstrukturen gelingen können. Als Kernbotschaft bleibt festzuhalten, dass agile und schnelle Prozesse nicht unbedingt mit hierarchischen Strukturen harmonieren und die Verwaltung ihre eigenen Grenzen besser managen muss, um im Transformationsprozess erfolgreich zu sein.

Podiumsdiskussion

Im Anschluss diskutierten auf dem Podium Staatssekretär Dr. Günnewig, Detlef Mohr als Vertreter der Praxis und Dr. Julia Borggräfe unter der fachkundigen Leitung der WDR5-Moderatorin Judith Schulte-Loh, wie es um den digitalen Transformationsprozess in Nordrhein-Westfalen bestellt ist.

Staatssekretär Dr. Günnewig machte für die Verwaltung deutlich, dass der Innovationsprozess unvermeidbar sei. Wir alle stellen uns damit als Finanzverwal-



Staatssekretär Dr. Günnewig

tung einer komplexen Herausforderung mit vielen Facetten. Dazu gehöre die Anpassung der Programme und Strukturen, bei denen Nordrhein-Westfalen zu lange auf eigene Entwicklungen gesetzt habe. Ohne eine bundesweite Einbindung und erhebliche Fortschritte bei ELSTER und KONSENS sei eine innovative und digital geprägte Finanzverwaltung in Zukunft nicht mehr denkbar. Nordrhein-Westfalen werde sich jetzt in KONSENS stärker engagieren, um Prozesse zu beschleunigen und man stelle deshalb bundesweit mehr finanzielle Mittel bereit.

Für die DSTG schilderte Detlef Mohr die Kritik an Ausstattung, Abläufen und Programmen aus der täglichen Finanzamtspraxis, die um zahlreiche unterschiedliche Beispiele aus dem Publikum ergänzt wurde. Er forderte in dem Zusammenhang jetzt schnelle Hilfe und eine drastische Ausweitung der automatisierten Erledigungen, damit man der Situation in den Veranlagungsbezirken überhaupt noch Herr werden könne.

Im Verlauf der Podiumsdiskussion wurde insbesondere die Frage, ob die Verwaltung auf ihrem Weg hin zur digitalen Transformation gut aufgestellt sei, sehr unterschiedlich bewertet. Gemeinsam war man aber zum Ende des ersten Tages der Meinung, dass auf diesem Weg die Beschäftigten frühzeitig, umfassend und transparent zu beteiligen seien.

In diesem Zusammenhang prägte Dr. Julia Borggräfe den wichtigen Satz »Verhältnisse bestimmen das Verhalten«. Er bringt zum Ausdruck, dass Widerstände nur abgebaut werden können, indem man die Beschäftigten bereits vor Beginn des Prozesses einbezieht und auf den Weg zu Veränderungen mitnimmt.

Inhaltliche Kursbestimmung zum Abschluss

Am zweiten Tag stand noch als letzter Punkt die Beratung der fast achtzig Anträgen als inhaltliche Kursbestimmung auf der Tagesordnung. Am Ende eines spannenden und themenstarken Gewerkschaftstages ist das Rheinland jetzt für die Zukunft neu aufgestellt. Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Gesund bleiben, bis ins hohe Alter!

Bei Senioren hängen psychische Störungen oft mit den Veränderungen und Herausforderungen zusammen, die mit dem Alter einhergehen. Der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand, der Verlust des Partners oder des Freundes- und Bekanntenkreises, soziale Isolation oder auch zunehmende körperliche Beschwerden können Auslöser sein. Wie seelische Gesundheit auch im Alter erhalten bleiben kann, war auch ein Thema auf dem dreitägigen Seniorensseminar der DSTG-Landesseniorenvertretung NRW im Intercityhotel Dortmund.

Anregungen für die seelische Balance

Dipl.-Soz.-Pädagogin Ursula Lenz erteilte den zwanzig Seminarteilnehmern wichtige Tipps und Anregungen für die seelische Balance, denn mit dem Alter steigt nicht nur das Risiko körperlicher, sondern auch seelischer Erkrankungen. Ältere Menschen werden anders psychisch krank als jüngere. Symptome können stärker ausgeprägt sein, Krankheiten länger andauern oder häufiger auftauchen.

»Was noch nicht geregelt ist, wird jetzt geregelt«.

Diese Aufforderung von Rechtsanwalt Frank Hünker an die Seminarteilnehmer stand am Ende seines Referats zum The-



Seminarteilnehmer im Polizeipräsidium

ma 'Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung'. Eine Vorsorgevollmacht und eine Patientenverfügung stellen nach seinen Ausführungen sicher, dass unsere Wünsche und Interessen im Falle einer schweren Krankheit oder eines Unfalls berücksichtigt werden. Beide Dokumente sollten schriftlich verfasst und regelmäßig aktualisiert werden. Wenn keine Vorsorgevollmacht erteilt wurde, kann das Amtsgericht einen rechtlichen Betreuer einsetzen, der möglicherweise nicht unseren Vorstellungen entspricht.

Aufruf zur Teilnahme an Protestveranstaltungen

DSTG-Landesvorsitzender Manfred Lehmann machte in seinen Ausführungen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen den Teilnehmern Hoffnung, dass die kommende Tarif- und Besoldungsrunde nicht zu einer erneuten Abkopplung der Pensionäre von der allgemeinen Einkommensentwicklung führen wird. (Zur Erinnerung: Die Pensionäre erhielten bei der letzten Besoldungsrunde die für aktiv Beschäftigte vereinbarte Coronaprämie in Höhe von

1300 Euro nicht). Er geht aber davon aus, dass die Forderungen der Gewerkschaften nicht ohne Protestveranstaltungen durchgesetzt werden können, an denen sich auch viele Pensionäre beteiligen sollten.

Themen von großer Bedeutung

Referentin Uta Weise stellte unter anderem die Beihilfeänderungen 2023/2024 vor. Da das LbV in der letzten Zeit trotz großer Bemühungen bei der Beihilfearbeitung oftmals in Rückstand geriet, appellierte sie an die Teilnehmer, Beihilfeanträge erst bei einer Antragssumme von mehr als 200 Euro zu stellen. Bei der Führung durch das Polizeimuseum Dortmund, bei der auch das Thema 'Betrügereien gegenüber Seniorinnen und Senioren' behandelt wurde, konnte jeder in die Rolle eines Polizisten oder einer Polizistin schlüpfen. Ein Foto auf dem Polizeimotorrad in 'voller Ausrüstung' per Handy verschickt, versetzte die Enkelkinder in Erstaunen. Seminarleiter Günter Gonsior konnte bei dem Abschlussgespräch feststellen, dass alle Seminarthemen auf große Zustimmung stießen.

Senioren radelten rund um Grevenbroich

Bei gutem Radfahrerwetter starteten zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 24. August 2023 zu einer Rundfahrt rund um Grevenbroich und die Erft. Die Tour führte an den Schlössern Dyck, Hülchrath, dem Nikolauskloster, dem Kloster Langwaden, an der Kunststation Langen Foundation und der Museumsinsel Hombroich vorbei. Beim abschließenden gemütlichen Beisammensein in der Erftruhe wurden dann auch aktuelle Informationen über die Seniorenarbeit der DSTG-Bezirksseniorenvertretung Rheinland gegeben. Wiederkehrendes Thema war mit Blick auf die Braunkohlenerkraftwerke und den Tagebau auch die Zukunft der gesamten Region nach dem Ausstieg aus der Braunkohle 2030.



Vor dem Start



Tarifverhandlungen TV-L (für Landesbeschäftigte)

• Fortsetzung von Seite 1

tet. Dabei ist einerseits die Inflation (aktuell rund 6,2 Prozent, zuvor deutlich höher) von erheblicher Bedeutung. Andererseits sind die eher schlechten konjunkturellen Prognosen im Auge zu behalten. Vor dem Hintergrund der unzureichenden Einkommenssteigerungen der letzten Jahre stellten die Mitgliedsgewerkschaften klar, dass die Mitglieder eine deutliche lineare Verbesserung erwarteten!

Besoldungsrechtliche Rahmendaten

In Vorbereitung der nach den Tarifverhandlungen zu erwartenden Besoldungsgesprächen wurde auch die besoldungsrechtlichen Rahmendaten aufgelistet. Besonders ärgerlich dabei: Seit Jahren hat das Verfassungsgericht deutliche Veränderungen bei der Besoldung angemahnt.

Im Jahr 2022 hat das Land Nordrhein-Westfalen aber nur die Besoldung für Familien mit Kindern angepasst. Und das auch erst ab 2022. Die Jahre davor harren in allen Fällen noch einer verfassungsmäßigen Nachbesserung, die bisher nicht in Angriff genommen wurde.

Zusätzlich wurde erneut auf die Belastungen durch die 41-Stunden-Woche für Beamte und notwendige tarifvertragliche Verbesserungen, zum Beispiel den stufengleichen Aufstieg oder die Einführung einer Erfahrungsstufe 7 hingewiesen.

Die Delegiertenkonferenz hat gezeigt: Tarifbeschäftigte und Beamte sind bereit, ihre Forderungen und Proteste auch gemeinsam auf die Straße zu tragen!

Forderungsfindung und Start der Verhandlungen

Die DSTG geht davon aus, dass im Rahmen der Forderungsfindung, für die am 11. Oktober die Bundestarifkommission des dbbs verantwortlich zeichnet, die linearen Verbesserungen im Vordergrund

stehen werden. Die Tarifrunde startet am 26. Oktober, wird fortgesetzt am 2./3. November und geht vom 7. bis 9. Dezember in die entscheidende Runde.

Harte Auseinandersetzung erwartet

Wenn sich die Arbeitgeber zu Beginn – wie immer – zunächst auf die Ablehnung und das Beklagen ihrer Einnahmesituation beschränken, werden ab der zweiten Runde Protestaktionen erforderlich. Ob mit Warnstreiks, Protestaktionen oder Demos wird sich noch herausstellen. Für Tarifbeschäftigte gilt: Ein Warnstreik ist wahrscheinlich. Für alle anderen gilt: Bitte einen Tag Urlaub oder Überstunden freihalten! Wir sind alle aufgefordert, unsere Position und berechtigten Interessen deutlich zu machen.

Für faire Einkommen im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen und einen ordentlichen Abschluss für Tarifbeschäftigte, Beamte und Versorgungsempfänger!

Prüfungsdienste-neu

Entwicklung des neuen Programmes für die Außendienste hat begonnen

Das bisherige Programm der Außendienste BpA-Euro ist in die Jahre gekommen. KONSES hat sich der Aufgabe angenommen, ein modernes Programm unter dem Namen Prüfungsdienste-neu zu entwickeln. Mit der Programmierung wurde Nordrhein-Westfalen betraut. Inzwischen wurde die Projektstruktur festgelegt und es wurde ein Fahrplan für die Programmierung und den Einsatz festgelegt.

Nach dem aktuellen Plan sollen die ersten Programmteile zur Prüfung von Kapitalgesellschaften und Einzelunternehmen im Jahr 2027 zur Verfügung stehen. Danach sollen sukzessive die Prüfung von Personengesellschaften sowie weitere Prüfungsdienste wie Lohnsteuer-Außenprüfung, Umsatzsteuer-Sonderprüfung und Steuerfahndung eingebunden werden.

Beamtenkredit - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €
Kostentiefzins anrufen
0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976



Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
AK-Finanz.de Unser Tiefzins Echt sehr gut
Kredite umschulden! AK-FINANZ
info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0



Service für 50Plus:

Winterurlaub am Arlberg mit der DSTG

Die DSTG Seniorenvertretung NRW bietet in 2023/2024 wieder die Organisation eines gemeinsamen Winterurlaubes an. Skifahren, Wellness und mehr am Arlberg, einem der größten und schneereichsten Skigebiete Europas. Die beiden Touren finden vom 9. bis 16. Dezember 2023 und vom 20. bis 27. Januar 2023 statt.

Sie wenden sich an skibegeisterte Menschen der Altersgruppe ab 50+, die jung geblieben sind und Winterurlaub in einem Top-Hotel mit Wohlfühlen und Skifahren verbinden möchten. Ziel des Urlaubs ist das Ski-Hotel 'Adler' in Warth, direkt auf der Passhöhe des Tannbergpasses in 1675 Metern Höhe gelegen. Von hier aus geht's direkt auf die Piste.

Wer nicht Skifahren möchte, findet sicher Gelegenheit, im Wellnesszentrum zu entspannen oder bei Schneetouren die Umgebung zu genießen. Die Skitouren erfolgen unter sachkundiger Leitung des Ski-Guides Jürgen Strolz.

Preise und weitere Details finden Sie unter www.dstg-nrw.de im Bereich 'Aktuelles'.

| | |
|--|--|
| BLICKPUNKT DSTG Mitteilungsblatt der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen | |
| 63. Jahrgang | 10./Oktober 2023 |
| Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (im Dachverband des dbb), Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 40, 40217 Düsseldorf, Telefon (0211) 9 06 95-0, E-Mail: dstg.nrw@t-online.de | Redaktion: Elisabethstraße 40, 40217 Düsseldorf, Telefon (0211) 9 06 95-0, Telefax (0211) 9 06 95-22 |
| Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin | Redakteure: Rainer Hengst (BV Rheinland) Jörg Bollenbach (BV Westfalen) Helmut Pauls (BV Rheinland) Günter Gonsior |
| Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen, Telefon (02102) 74023-0, Fax: -99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de , Preisliste 31, gültig ab 1. Januar 2023 | Verantwortlich für den gewerkschaftspolitischen Teil: Manfred Lehmann, Landesvorsitzender, Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. |
| Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen | |
| Anzeigenverkauf: Andrea Franzen | |
| Herstellung: J.N. Schaffrath GmbH & Co KG, DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern | |



BLB-Zentrale

Neues Rahmenkonzept vorgelegt!

Im August hat das Ministerium der Finanzen den neuen Rahmenerlass für die zukünftige Ausrichtung des BLBs vorgelegt. Unter den Überschriften 'Unternehmensstabilität' und 'Innovation' werden unter anderem Grundsätze eines ressortübergreifenden Consulting-Konzepts, zur Stärkung der Krisenfestigkeit, zur Förderung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie- und Flächeneffizienz angesprochen.

Dem Personal wird als 'Eckpfeiler' eine hohe Bedeutung beigemessen. Allerdings bleiben Zweifel: Der Erlass wurde ohne Beteiligung der Personalvertretung verfasst und enthält keinerlei Hinweise auf die rechtlich teils zwingende, in jedem Fall aber sinnvolle Verfahrensbeteiligung der Interessenvertretungen.

Der Rahmenerlass hat für den BLB eine weitreichende strategische Bedeutung. Mit den Eckpfeilern für die zukünftige Ausrichtung des BLBs werden Vorgaben zur weiteren Entwicklung festgeschrieben. Und natürlich die vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit mit der Aufsicht im MdF. Von der Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen steht nichts im Erlass.

Beim Eckpfeiler Personal wird auf die Bedeutung der Beschäftigten hingewiesen. »Sie sind Motor des Unternehmens und seine wichtigste Ressource«. Leider benennt der Text ausdrücklich nur die Fach- und Führungskräfte, obwohl sicher die ganze Breite der Beschäftigten mit dem Bekenntnis zum leistungsfähigen Personal gemeint ist. Wäre bei einer vorherigen Beteiligung der Personalvertretung vermutlich nicht passiert.

Der BLB versteht sich im Erlass als attraktiver Arbeitgeber. Der Erlassgeber verweist dazu auf die Vielfalt der Aufgabengebiete und die breiten Entwick-

lungsmöglichkeiten. Aus der Sicht der DSTG Fachgruppe BLB gehört zu einem attraktiven Arbeitsverhältnis insbesondere die leistungs- und marktgerechte Bezahlung. Da hat der BLB, wie alle technischen Bereiche im öffentlichen Dienst, noch Ausbaubedarf. Klar ist, dass der BLB als Landesbetrieb am Tarifrecht hängt. Klar muss aber auch sein, dass die Attraktivität der Bezahlung und die Nutzung tarifrechtlicher Möglichkeiten für Personalgewinnung und -bindung eine maßgebliche Rolle spielt. Da muss sich auch das MdF als Aufsichtsbehörde einbringen.

Beim Thema 'Flächeneffizienz' wird auf die Landesabweisung verwiesen, bei neuen Projekten grundsätzlich nur noch mit achtzig Prozent der Flächen zu planen. Angesichts eines bisher fehlenden Konzeptes, wie sich in Zeiten von 'Mobiler Arbeit', 'Shared Office' und 'Co-Working' der Flächenbedarf wirklich entwickelt, kommt diese Anweisung nach Auffassung der DSTG deutlich zu früh.